



Lebensmittel, Heizung, Benzin:

Wer kann das noch bezahlen?

Fortschreibung vom Sommer 2022

Michael fährt weiterhin monatlich mit einem Verwandten zum einkaufen und bezahlt beim Discounter. Bis vor gut einen Jahr runde 90 €. Anfangs 2022 schon 110 €, dann 140 € und jüngst 160 € für die grundsätzlich gleiche Artikel und Mengen. Manche Lebensmittel wurden um bis zu 150% verteuert, z.B. Nudeln, die günstigsten Ende 2021 für 39, jetzt für 99 Cent, Harzer Käse 2,19 statt 0,99 und Emmentaler in Scheiben 2,89 statt 1,79. 10% Inflation, bei Lebensmittel 20%? Weltfremde Statistiker oder bewusste Verdummung? Mag ja sein, dass Champagner, Kaviar usw. nicht viel teurer wurden und die Bilanz schönen.



Christine wohnt und arbeitet weiter auf dem Land. Für die knapp 25 km zur Arbeit braucht sie das Auto. Es gibt immer noch keinen vernünftigen ÖPNV, den sie 49 € nutzen könnte, wenn denn das 49-Euro-Ticket Wirklichkeit werden würde. Letztes Jahr reichten 100 Euro für Benzin monatlich. Jetzt braucht sie deutlich mehr, auch wenn die Spritpreise nicht mehr ganz so hoch wie immer Sommer

sind, als sie 150 € zahlen musste. Und das vom Mindestlohn.

Gerda und Heinz wohnen weiter in ihrem kleinen Haus. Für Heizung und warmes Wasser brauchten sie jährlich ca. 1.800 Liter Öl. 2020 kosteten die 1.100 Euro, letztes Jahr im Herbst schon 1.600. Nachdem der Preis mal bei 1,75 € pro Liter war, hatten sie bei 1,50 € „zugeschlagen“. 2.700 € kostete es, aber weiter warten ließen ihr Ölvorrat nicht zu. Die 2 x 300 € Energiepauschale bekamen sie als Rentner im Dezember, brutto. Das deckt 1.100 € mehr nicht ab.

Beim Zuschuss für jene, die mit Öl oder festen Brennstoffen heizen, bleiben sie wohl außen vor.

(Dazu mehr im nächsten FUNKE)

„Der Putin ist schuld“, tönt es allseits in der selbstgleichgeschalteten Medienlandschaft. Hat der Öl und Gas verteuert? Sind es nicht die völkerrechtswidrigen, weil nicht von den UN beschlossenen Sanktionen, die zur Verknappung führen? Und Frau Baerbocks Absicht, Russland zu ruinieren? Hatte Gazprom das Gas, das lange noch zu alten Preisen geliefert wurde, für das Mehrfache an den Börsen gehandelt? Haben die Russen unsere Regierenden genötigt, künftig teures und ökologisch mehr als dreckiges US-Fracking Gas zu kaufen, für das wir



vier- bis fünfmal soviel bezahlen wie Verbraucher in den USA? Und wer hat, um das Geschäft für die

USA zu sichern, die Nordstream-Pipelines gesprengt? *

Derweil wollen die DAX-Konzerne 2023 runde 55 Mrd. € Dividende ausschütten! Staatliche Zuschüsse finanzieren hier die Profite der Konzerne mit. Letztlich werden es Arbeitende, Erwerbslose, Rentner, die lernenden und studierenden Jugendlichen sein, die das über ihre Lohn- und Verbrauchssteuern bezahlen. Für den nötigen Klimaschutz wird es mit ihnen keine Mehrheiten geben wenn sie existenzielle Einbußen hinnehmen müssen. Auch durch steigenden Rüstungslasten, von 53 auf fast 80 Mrd. und 100 Mrd. „Sonderschulden“. Energieversorgung und Mobilität sind Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein und gehören in öffentliche Hände und unter demokratische Kontrolle.

(* Dass wir den Angriff Russlands auf die Ukraine (UA) für nicht mit dem Völkerrecht vereinbar halten, schrieben wir hier schon im März 22. Das muss nicht ständig wiederholt werden, auch nicht die gerne verschwiegene Vorgeschichte wie NATO-Osterweiterung, Krieg der ukrainischen Putschisten ab 2014 gegen das eigene Volk im Osten seit Mai 2014, der von Frau Merkel und Herrn Hollande eingestandene Betrug beim völkerrechtlich verbindlichen Minsk II, welcher der UA Zeit zum Aufrüsten geben sollte für eine kriegerische „Lösung“, statt einer am Verhandlungstisch, usw.)

Impressum: der funke, Januar 2023, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP, Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, E-Mail bad-kreuznach@dkp-rlp.de Hier die Online-Ausgabe, 4 Seiten, die gedruckte umfasst nur 2 Seiten.

Das Töten beenden – Waffenstillstand sofort!

Hochrangige Ex-Militärs wie die Generale Kujat und Vad ¹, wahrhaftig keine Linken, fordern, ebenso erfahrene Diplomaten wie Michael von der Schulenburg ², das Töten in der Ukraine zu beenden, Hirngespinnste vom möglichen Sieg ad acta zu legen. Kanzler Scholz und der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich zögerten, wohl wissend, dass z.B. die Lieferung von Leopard II, militärisch sinnvoll nur wenn mit Personal, egal woher, gefährlich ist. (Das wurde geschrieben, bevor die Zustimmung zur Panzerlieferung bekannt wurde) Derweil wollen nicht nur die Damen Baerbock und Strack-Zimmermann weiter bis zum letzten Ukrainer kämpfen lassen. Das Gros

der selbst-gleichgeschalteten Medien fällt über jeden her, der nicht weiter für unerreichbare Ziele in diesem Stellvertreterkrieg USA/NATO vs. Russland sterben lassen will. Steht man auf der Straße, z.B. am Infostand der Friedensbewegung, dann stellt man fest, dass hier veröffentlichte und öffentliche Meinung immer mehr auseinanderklaffen. Zu sagen, was ist, wird auch hier – um mit Rosa Luxemburg zu sprechen – zur revolutionären Tat. Sind Sie, sei Du mutig! Jedes Wort zugunsten einen Waffenstillstands ermutigt andere, auch den Mund aufzumachen dagegen, dass dieser Krieg zum III. Weltkrieg eskaliert wird!

1 ogy.de/senc

2 ogy.de/ypdm

**(Die Welt besser verstehen? 6 x im Jahr:
<https://www.marxistische-blaetter.de/>)**

Heute 100 Milliarden, Sonderschulden für die Rüstung, während die zivile Infrastruktur zerfällt. Morgen schon 300 ?

Hinter den Kriegspropagandistinnen Baerbock (GRÜNE) und Strack-Zimmermann (FDP) wollte die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD) wohl nicht zurückstehen und forderte 300 statt 100 Milliarden Euro Sonderschulden zur Hochrüstung der Bundeswehr. Zusätzlich soll der Rüstungsetat steigen, von 38,2 Mrd. € 2015 auf nahezu 90 Mrd. € Ende des Jahrzehnts. Wie widersinnig das ist, zeigt auch ein Blick durch die Lokalpresse.

„Unterricht auf dem Flur neben der Toilette“

so ist ein Zeitungsartikel überschrieben zur bauliche Misere der Don-Bosco-Schule in Bad Kreuznach. Diese Schule käme zudem, wie andere im Kreis auch, personell an ihre Grenzen.

In Schweppenhäuser müssen Autofahrer große Umwege fahren, weil eine Brücke baufällig und gesperrt ist.

In die Sporthalle der Martin-Luther-King-Schule regnet es hinein.

Die Reaktivierung der Hunsrückbahn wird seit vielen Jahren verschleppt.

„Viele Kinder mit auffälligem Verhalten“, und wieder heißt es, Schulen kämen an ihre Grenzen. „Busmisere dauert an“. Nicht nur die, sondern die des ganzen kaputt gesparten ÖPNV.

Ein Landesminister verspricht Unterstützung, aber das schafft keinen neuen Wohnraum, insbesondere keinen für wirtschaftlich Schwache.

„Fastnachter spenden für die Tafel“. Das ehrt sie, aber weshalb beseitigt man nicht sozialpolitisch die Armut, die Menschen zu den Tafeln treibt?

Jeder Euro für Militär und Rüstung fehlt anderswo. Auch das zeigt, wie notwendig eine auf Verhandlungen beruhende Friedensordnung ist, welche die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt, von der Algarve bis zum Ural. Verhandeln statt schießen, Waffenstillstand in der Ukraine jetzt.

Jahrestage



Als die ersten Soldaten der Roten Armee am 27. Januar 1945 das Gebiet des Konzentrationslagers Auschwitz erreichten, boten sich ihnen entsetzliche Bilder.
Quelle: picture-alliance/akg-images

27. Januar 1945: Befreiung des KZ Auschwitz und Rettung einiger Tausender Überlebender durch die Rote Armee. Das darf gerade jetzt nicht unvergessen bleiben, wo die Verehrer des Hitler-Kollaborateurs, des Juden- und Polenschlächters Bandera die Denkmäler für die Befreier abreisen und Straßen nach diesem Mörder benennen, in Kiew und anderswo.



Nach der Ernennung Hitlers findet ein Fackelzug der nationalen Verbände SA, SS und Stahlhelm durch das Brandenburger Tor in Berlin statt. Sie feiern die Machtübernahme des späteren Diktators.
Quelle: dkg

30. Januar 1933: Machtübertragung an Adolf Hitler und seine Faschisten durch die sog. Eliten der Weimarer Republik. Nicht vergessen: deren Aufstieg war nur möglich, weil Teile des Finanzkapitals den finanzierten und weil die Arbeiterbewegung uneins war.

(Mehr Informationen? Dann <https://dkp-rlp.de/>)

Die Weltgemeinschaft verurteilt

Auch hier wird wieder mit zweierlei Maß gemessen!

Als 2022 rund 140 Staaten der Welt, die aber nicht mal die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren, das russische Eingreifen in den seit 2014 tobenden Krieg in der Ostukraine verurteilten, überschlugen sich Politiker und Medien hierzulande mit Aussagen wie „Weltgemeinschaft verurteilt Putin“ usw.

Das Prinzip „ein Staat, eine Stimme“ in der UN hat seinen Sinn. Es darf aber nicht übersehen werden, dass 8 europäische Kleinstaaten von Luxemburg über Montenegro, Malta, Island, Andorra, Liechtenstein, San Marino bis Monaco mit 2,2 Mio. Einwohnern die 7 größten China, Indien, Indonesien, Pakistan, Nigeria, Brasilien und Bangladesch mit 3.724 Millionen überstimmen können.

Wenig hingegen von wegen „Weltgemeinschaft verurteilt die US-Blockade gegen Kuba“ las man, als am 3. November letzten Jahres 185 Staaten die völkerrechtswidrige Blockade, den Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Kuba durch die USA verurteilten. Das weniger, weil die USA selbst keinen Handel mit der roten Karibikinsel treiben wollen, sondern weil sie andere Staaten massiv unter Druck setzen, die mit Kuba handeln.

So auch während der Covid-19-Pandemie, als sie den Kauf von Beatmungsgeräten und dem Sauerstoff für diese verhindern wollten, ebenso den von Rohstoffen für einige kubanischen Impfstoffen und letztlich auch von Injektionsnadeln für die Impfungen. Das ist nicht nur völkerrechtswidrig, es ist mörderisch! Lediglich die USA und Israel stimmten gegen die Resolution, sechs Staaten enthielten sich.

Jüngst konnte der Autor dieses Artikel mit seinen Mitreisenden 240 Kilo medizinischer Hilfsgüter mit nach Kuba nehmen, z.B. Medikamente und Gebrauchsartikel für Krebsbehandlungen. Zusammengestellt und mit Spendengelder bezahlt hatte das die Humanitäre Cubahilfe HCH unter Leitung des Arztes Dr. Klaus Piel, der auch schon in Bad Kreuznach auftrat.

Mehr Information und Spendenaufrufe unter <https://www.hch-ev.de/>



Kuba: Menschen mit Handicaps in einer Tageseinrichtung begrüßen mit Musik und Tanz die Gäste aus Deutschland. Dieser Polonaise konnte sich niemand entziehen (Nov. 22)

Busse fallen aus, kommen zu spät, Pendler und Schüler bleiben stehen: Neoliberale „rekommunalisierten“

Die Misere mit dem Busbetrieb der KRN nimmt kein Ende. Ausfallende Busse, andere zu spät, Dörfer ohne Schulbusanbindung, die Lokalpresse ist voll davon.

Zudem der offensichtliche Versuch, die Betriebsratswahl zu manipulieren, was per Gerichtsurteil gestoppt wurde. Bei der Frage „Warum“ lohnt sich auch mal ein historischer Rückblick.

Ende der 90er Jahre wurde die „Städtische Betriebs- und Verkehrsgesellschaft“ zerschlagen. Der neoliberalen Irrlehre folgend, dass privat alles besser gehe, wurde der Busbetrieb für eine Mark verkauft, samt 13.000 m² Betriebsgelände in bester Lage. Es soll auch noch ein siebenstelliger Betrag an die neuen Betreiber gezahlt worden sein. Ziel war es, einige Hunderttausend Mark jährlich zu sparen, zu Lasten hauptsächlich der Fahrer und anderer Beschäftigter.

Da fragen einem manchmal schon Leute, ob denn die Verantwortlichen vor Gericht gekommen seien, wegen Verschleuderung öffentlichen Eigentums z.B. Nein, war ja alles legal und vom EU-Recht sogar gefordert. Dass man nach dem Hauptverantwortlichen in Bad Kreuznach mittlerweile eine öffentlichen Platz benannte, wäre aber nicht nötig gewesen.

20 Jahre später lohnte sich das Ganze für private Profiteure nicht mehr, da die Fahrer*innen zusammen mit ver.di durch Streiks bessere Löhne und die Bezahlung auch betriebsbedingter Ruhezeiten durchgesetzt hatten.

Was dann aber als „Kommunalisierung“ folgte, ist teils Etikettenschwindel. Eine GmbH, die zwar zwei Kreisen und einer Stadt gehört, ist kein öffentlicher Dienst, sondern rechtlich ein privatwirtschaftliches

Unternehmen. Die von den Stadträten und Kreistagen entsandten Vertreter*innen sind weniger an politische Entscheidungen gebunden, als z.B. an eine Schweigepflicht gegenüber ihren Wähler*innen. Zudem werden 49% der Leistungen an Private vergeben. Wie die Profiteure machen wollen, ohne das auf dem Rücken des Personals zu tun, ist fraglich.

Eine richtige Rekommunalisierung, die der Bürgerschaft eine gewisse Mitwirkung über gewählte Räte gäbe, sähe anders aus.



Unsere Solidarität gilt den streikenden Postlern!

DKP

Auch unsere Briefe und Päckchen blieben liegen, als die Kolleginnen und Kollegen der Post dem Aufruf von ver.di zum Streik folgten. Wir wissen aber, dass sie vor 2 Jahren letztmalig eine Lohnerhöhung von 2% bekamen, unter der Inflation so leiden wie wir es oben von Anderen beschrieben haben, brutto zwischen 2.000 und 3.000 Euro bekommen und die Post 2022 einen Gewinn von 8,4 Milliarden machte.

Deshalb halten wir ihre Forderungen nach 15% mehr Lohn, mindestens 500 Euro, für alles andere als zu hoch. 500 Euro monatlich mehr, das kostete die Postbosse keine Milliarde zusätzlich im Jahr. Von den verbleibenden 7,4 bekommen jene, die nicht dafür arbeiten mussten, noch mehr als genug. Im Gegensatz zu dem, was Großaktionäre, „institutionelle Anleger“, „Heuschrecken“ nannte diese mal ein SPD-Politiker, abkassieren, werden pro Euro zusätzlichem Lohn knapp 40 Cent an die Sozialkassen abgeführt. 20 Cent allein an die Rentenversicherung. Jeder zusätzliche Euro ist deshalb auch Baustein für unsere Rentenerhöhung 2024. Ob selbst berufstätig oder Rentner*in, wir haben allen Grund, mit unseren Briefträger*innen und Paketzusteller*innen solidarisch zu sein. Auch hier gilt: „Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich!“

(Wöchentlich eine andere Sicht der Dinge lesen?)

<https://www.unsere-zeit.de/>